

Spangenberg Zeitung.

Blatt für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er scheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Netto) Zeile über deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Abat. Bekanntheit lösen pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz-, Datenortskritik und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmgebühr für Inserate und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 143. Donnerstag, den 2. Dezember 1926. 19. Jahrgang.

Wenn leise dein Gewissen spricht,
Zum Laffen oder Tun dich mahnt,
Dann überhör' die Stimme nicht,
Denn sicher, ehe du's gehst,
Geht zu spät dich bittere Reue.

Briands Friedenswille.

In der letzten Zeit wurden die deutsch-französischen Beziehungen wiederholt lang und breit in der französischen Presse erörtert. Eine günstige Wirkung für die Fortführung der Annäherungspolitik zwischen beiden Völkern haben diese Ausführungen nicht gehabt. Die Darstellungen, die die Pariser Blätter über die französischen Forderungen in den Fragen der Militärkontrolle und der Überwachung durch den Völkerbund verbreiteten, widersprachen fast den deutschen Anschauungen und dem, was Deutschland unterschreiben konnte. Eine klare und deutliche Stellungnahme des amtlichen Frankreichs war daher dringend erwünscht. Man konnte deshalb der außenpolitischen Debatte in der französischen Kammer mit einigem Interesse entgegensehen.

Der Aufsatz der Kammerdebatte in Paris war wenig verprechend. Zwar bekannnten sich die meisten Redner grundsätzlich zur Fortführung der Annäherungspolitik. Aber der Wert dieser Rede wurde erheblich beeinträchtigt, da die Parteien wegen der Durchsetzung des Haushalts nur Redner wählten und vierter Garnitur vorgezogen hatten. Nachher wurde auch noch einige Redner zu Worte gekommen, die sich auch jetzt noch nicht mit der baldigen Klärung des Meinungsstandes befanden konnten, ergriß der französische Außenminister Briand selbst das Wort.

In einer zweifelhafte Rede behandelte Briand die gesamten Probleme der französischen Außenpolitik. Einleitend beschäftigte er sich mit den deutsch-italienischen Beziehungen und ging dann auf die Frage einer deutsch-französischen Annäherung ein. Hierbei erklärte er, von der Notwendigkeit eines solchen Friedens überzeugt zu sein. In Europa könne aber von einem wahrhaften Frieden solange nicht gesprochen werden, solange nicht eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erfolgt sei.

Das sei keine kleine Aufgabe, trotzdem müßte eine Lösung versucht werden. Briand warnte dann die Kammer vor Kommentaren der französischen Presse, die auf unvollkommenen Berichten über Reden beruhten, die Stresemann und Wirth im Reichstag gehalten hätten. Die Berichte der Zeitungen hätten einen vollkommen falschen Eindruck erweckt. Gewiß gebe es verschiedene Fragen, über die er mit Stresemann nicht einig sei, man versuche aber, die Luft zu überbrücken, und schließlich dürfe man auch nicht verkennen, daß Deutschland freiwillig einen Vertrag unterzeichnet habe, durch den es auf eine Lösung irgendeines Konfliktes durch Gewalt verzichtet habe!

Allerdings könne man die Lage zwischen Deutschland und Frankreich nicht in einer Unterredung von zwei Stunden verändern. Das sei auch gar nicht notwendig. Wohl aber sei notwendig, daß man auf beiden Seiten den guten Willen habe und die Völker sich gegenseitig loben: Gott sei dank, sie verhandeln miteinander. Er habe den unbedingten Willen, neue Katastrophen zu verhindern! Briand erwähnte dann die Verhandlungen in Locarno und Zürich. Er habe dabei mit Stresemann über die französische Sicherheit, über die Rheinlandebesatzung und die Ausföhrungen der Vertragsbestimmungen gesprochen. Wirthlich erklärte er: Wir haben das Rheinland besetzt als ein gewisses Band, das uns zueinander verbinden soll. Die Bestimmungen eines Vertrages können, wenn beide Parteien sich dazu bereit erklären, gemildert, humaner gestaltet werden und eine Befestigung kann leichter gestaltet werden.

Bei der Erörterung der Entwaffnungsfrage stellt Briand fest, daß diese Frage nicht nur Deutschland und Frankreich interessiere. Stresemann habe sich deutlich zur Abrüstung bekannt. Auch habe er sich dafür eingesetzt, den Beziehungen zwischen der Reichswehr und den nationalen Verbänden ein Ende zu machen. An dem guten Willen Deutschlands sei daher nicht zu zweifeln.

Briand schloß seine Rede mit den Worten: Ich werde mich dem Friedenswerk widmen und helfen.

die erste Reihe die Sicherheitsfrage. Ich habe die feste Überzeugung, daß die Erregung der interalliierten Militärkontrolle durch die Kontrolle des Völkerbundes nicht nur nicht die Sicherheit Frankreichs schwächt, sondern sie verstärkt, und es jetzt notwendig ist, die Militärkontrolle durch die Völkerbunds kontrolle zu ersetzen.

Briands Rede, die mit starkem Beifall aufgenommen wurde, unterschied sich erfreulich von den letzten Ausführungen der Pariser Presse. Der französische Außenminister bekennnte sich zur Fortführung der Annäherungspolitik. Hervorzuheben ist auch die Feststellung, daß Vertragsbestimmungen gemildert werden können und die Überwachung der deutschen Abrüstung durch den Völkerbund Frankreichs Sicherheit verstärkt. Allerdings wird Frankreich, wenn es den Frieden will, Friedensredner folgen lassen müssen. Und dazu ist es jetzt Zeit. Friede ist erst dann, wenn Deutschlands berechtigter Anspruch befriedigt sind und Deutschland auf friedlichem Wege seinen Lebenswichtigen gerecht werden kann.

Die Verständigung kann, wie auch Minister Dr. Wirth im Reichstag betonte, nicht durch bloße Behauptungen Frankreichs bewirkt werden, sondern nur dadurch, daß die Befragung, die heute noch wie ein Alpdruck auf den besetzten Gebieten lastet, sobald wie möglich verschwindet!

Rattowitzer Nachklang.

Deutscher Einspruch gegen verheerende polnische Demonstrationen.

Gegen die von den Polen in Rattowitz veranstaltete deutschfeindliche Demonstration hat der deutsche Vertreter bei der gemischten Kommission Einspruch erhoben. In dem Protest wird darauf hingewiesen, daß nach dem Genfer Abkommen allen Einwohnern des oberösterreichischen Abstammungsgebietes ohne Unterschied Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit gewährleistet ist, und dieses Recht durch verheerende Demonstrationen gefährdet wird.

Der Präsident der Kommission wird darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Rattowitzer Demonstrationstag nicht teilgenommen worden, da unter heftigster bildlicher Zerküftung die Verweigerung der Deutschen, die Auflösung und Verzeigerung des Deutschen Volksbundes, die Entlassung der sich zum Deutschtum bekennenden Staats- und Kommunalbeamten, die Ungültigkeitserklärung der Gemeindevahlen und anderes mehr verlangten.

Der deutsche Einspruch ist gerechtfertigt, da der polnische Innenminister und der oberösterreichische Bevollmächtigte dieser Kundgebung beiwohnten, nichts gegen diese verheerende Agitation unternommen haben.

Polen sabotiert den deutschen Wahlerfolg.

Einsprüche gegen die Gültigkeit der Gemeindevahlen.

Wie gemeldet wird, ist die für den 3. Dezember angelegte Eröffnung der Rattowitzer Stadtverordnetenversammlung verhindert worden, da von einzelnen Mitgliedern der Gemeinde Boguski gegen die Wahl Einspruch erhoben wurde und der Wojwode den Einspruch als berechtigt anerkannt hat.

Aus verschiedenen Landgemeinden sind berichtet, daß bei der Wahl der Gemeindevahlen in vielen Fällen die deutschen Listen ausgeschaltet wurden, mit der Begründung, sie seien aus formellen Gründen als unzulässig anzusehen. Infolgedessen wurden naturgemäß nur polnische Gemeindevahlen gewählt.

Mit dieser Praktik wird Polen die Bevölkerung Ostoberschlesiens nicht gewinnen, wohl aber wird dadurch die ohnehin schon große Erregung der deutschen Bevölkerung verstärkt. Die „gemischte Kommission“ wird daher gut tun, wenn sie den Verhältnissen in Ostoberschlesien ihre Aufmerksamkeit schenkt und Polen Mittel anlegt, damit die oberösterreichische Bevölkerung nicht zur Verweigerung und zu Verweirungsakten getrieben wird.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 2. Dezember 1926.

— Prinz Heinrich von Preußen hatte mit dem amerikanischen Präsidenten eine länerer Ansprache privaten Charakter.

Der Reichslandtag richtete an die Reichsregierung eine Entschloßung, in der er gegen eine Verlängerung der landwirtschaftlichen Zwangsenteignung Einspruch erhebt, und diese zuse als unzulässig bezeichnet.

— Oberpräsident Moste erklärte bei der Eröffnung des Provinziallandtags in Hannover, Preußen sei nicht gewillt, die Stelle an der Unterseite in Danenburgischen Besitz übergeben zu lassen.

— **Notgesetz über die Arbeitszeit?** Mitte der Woche hatte der Reichslandtag und der Reichsarbeitsschlichter mit den Führern der Regierungsparteien eine Besprechung über den Erlass eines Notgesetzes zur Arbeitszeit. Es wurde beschlossen, einen Ausschuss einzusetzen, der die Einzelheiten des geplanten Gesetzesentwurfs auszuarbeiten soll. Der Inhalt des Gesetzes ist noch umstritten. Man denkt an eine Zwischenschaltung, die als notwendig erachtet wird, da die parlamentarische Verabschiedung des neuen Arbeitszeitgesetzes, das sich ebenfalls mit der Regelung der Arbeitszeit befaßt, noch viele Monate in Anspruch nehmen dürfte.

— **Kompromiß über das Gesetz gegen den Schund?** Zur Beilegung des Konfliktes über das Gesetz gegen Schund und Schmutz sind zwischen den Regierungsparteien Verhandlungen eingeleitet worden. Es soll versucht werden, sich auf der Grundlage zu einigen, daß das Zentrum sich mit Reichspräsidenten abfindet und die anderen Parteien dem Zentrum dafür in der Frage der Zusammensetzung der Prüfstellen entgegenkommen.

— **Dr. Held zur Außenpolitik.** In seiner Rede im bayerischen Landtag beschäftigte sich Ministerpräsident Dr. Held auch mit außenpolitischen Fragen. Darin erklärte er, nach Genf und Zürich könne es keine Befragung mehr geben. Diese stünde zu der dort getroffenen Abmachung im schreiendsten Widerspruch. Solange die Schmach von der Allenscheidung Deutschlands am Weltkrieg nicht von uns genommen sei, könne man nicht behaupten, daß der Weg für die Befriedung der Völker frei sei. Das gleiche gelte von der Forderung Deutschlands nach Kolonien. Wenn es sich bewahrheiten sollte, daß die französischen Militärbehörden die Inhaftnahme des in der Gernersheimer Angelegenheit verwickelten schwer verwundeten Mathes gestellt haben, muß dies als ein europäischer Skandal bezeichnet werden.

— **Der Berliner Landesverband des Stahlhelms** veranstaltete eine maßvolle Kundgebung gegen das Umsetzen der französischen Fremdenlegation in der seit ihrer Gründung und 240 000 Deutsche ihren Unterhalt gefunden hätten. In einer Entschloßung wurde zur Gründung einer Schutzorganisation aufgefordert. Eine weitere Entschloßung wendet sich gegen die von verschiedenen Seiten gegen die Reichswehr gerichteten Angriffe. In einer weiteren Entschloßung nimmt der Stahlhelm für General v. Watter Stellung.

— **Die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten,** die auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des neuen Landtags stand, mußte auf den 7. Dezember vertagt werden, da weder der sozialdemokratische Kandidat Fleißner, noch einer der übrigen Kandidaten eine absolute Mehrheit erlangen konnte.

Rundschau im Auslande.

— Der rumänische König richtete an seinen Ministerpräsidenten ein Handbillet, in dem er auf die Erörterung der Frage der Ehrenvolle Bezug nimmt und die Parteien auffordert, die Ausföhrung des früheren Kronprinz von der Thronfolge zu verhindern.

— Auf Grund der italienischen Ausnahmefälle sind 622 Gegner des Faschismus aus dem Lande vertrieben worden und zu einem längeren Zwangsurlaub verurteilt worden.

— Ein italienisches Gericht in Verona hat einen Prozeß gegen 2 deutsche Südtiroler, von denen zwei deutsche Reichsangehörige sind, eröffnet.

— **Ausfall in Genf.**

— Die Herbsttagung des Völkerbundsrates hat mit dem Aufammentritt des Discomitees ihren Anfang genommen. Im Mittelpunkt der Beratungen steht der Ausbau der in den Völkerbundsstaaten vorgesehenen militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Disziplinierung für einen angeordneten Völkerbundsstaat. Als Vertreter Deutschlands nimmt Ministerdirektor Dr. Böwert an den Verhandlungen teil.

Das Schicksal der Abrüstungskonferenz.

— Die Unterandshaltung der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz haben ihre Arbeiten vorläufig beendet. Es wurde beschlossen, die zweite Tagung der Vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz auf den 21. März 1927 einzuhalten. Ob die eigentliche Abrüstungskonferenz, die bisher für September 1927 in Aussicht genommen war, tatsächlich noch im kommenden Jahre abgehalten werden kann, erscheint zweifelhaft.

Neuheiten

Bare wird sofort mitgegeben!



Zeitabteilung.

Wasser / Paletots / Mäntel / Anzügen
Winterjoppen, Loden- u. Gummi-Mänteln
für Herren und Knaben.

Lichtenstein

Das Haus der guten Qualitäten und billigen Preise
Cassel, Brüderstraße 5

Für auswärtige Kunden bis zum Umkreis von 50 km vergütet
ich beim Einkauf von 25 Mark die Bahnfahrt nach Cassel.

Einladung.

Am Sonntag, den 5. ds. Mts. veranstaltet
der
Turnverein „Froher Mut“
einen

Unterhaltungsabend

Verbunden mit Verlosung u. Tanz
Nachmittags 4 Uhr: Tanz.
Abends 8 Uhr: Turnerische Darbietungen
aller Abteilungen; Schul-
pflichtiger Mädchen und
Knaben, Turnerinnen und
Turner.

Lieder — Musik — Verlosung

Freunde unserer guten Turnfeste sind herzlich
eingeladen.

Der Vorstand,
H. Küllmer, 1. Vorsitzender.

Leinsaat

das hochwertige Kraftfuttermittel für alles Nutz-
und Arbeitsvieh.

Bester Schutz gegen Krankheiten, Hebung
des Gesundheitszustandes bei allen
Tiergattungen

preiswert zu haben bei

Richard Mohr.

Oefen, Herde, Kessel

offeriert preiswert

Richard Mohr.

Kinderstrickbekleidung

„Bleyle“

Pullover Sweater Westen
Kleider Anzüge

— unerreicht an Haltbarkeit. —

Joseph Guise / Kassel

Untere Karlstraße 9

Seitenstraße des Königplatzes nach dem Friedrichsplatz

Salinen-, Speise- und Viehsalz

offeriert billigst

Richard Mohr.

Rodelschlitten

empfiehlt

Karl Bender.

Frische

**Bananen, Apfelsinen
Citronen**

Richard Mohr.

Gemischter Chor

„Niederfranzosen“
Heute abend 1/2 9 Uhr
Gesangsstunde
Der Vorstand.

FORPEDO



WEIWERKE A.G. FRANKFURT-AM-MAIN
**C. Heinrich Siebert
Spangenberg.**

Die Erfahrung

Ist der beste Lehmmeister. Millionen
Menschen kennen Schaumpon mit
dem schwarzen Kopf als ein an-
reinernde Wirkung unübertroffen-
es Haarpflegemittel, das sie nicht
mehr missen wollen. Deshalb
akumen sie nicht und machen
auch Sie sich die Erfahrung Anderer
zu eigen, indem Sie zur Kopf-
wäsche nur noch das altbewährte
„Schaumpon
mit dem schwarzen Kopf“
verwenden. Eine Auswahl der ver-
schiedensten Sorten mit wirksamen
Zusätzen ermöglicht es Ihnen, Ihr
Haar nach Beschaffenheit und
Farbe individuell zu behandeln.
Herst.: Hans Schwarzkopf, Berlin.



„Ich war am ganzen Erbe mit

Flechten

behalten, weiche mild durch
das ewige Jucken Tag u.
Nacht reinigen. In 14 Tagen hat
Juchter's Patent-Medizin! Selbe das
Ist befestigt. Diese Seite ist ganz
wert. Ser. Nr. 1. St. 100 Dg. (15% w/v).
Mh. 1. — (25% w/v) und Mh. 1.50 (35% w/v).
Häufige Form. Dazu Juchter's Creme à 40,
85 u. 90 Pfg. In allen Apotheken, Drogerien
und Parfümerien erhältlich.

Spangenberg Lichtspiele



Der neue Deutsche Fox-Film

Die Mühle von Sanssouci

in 10 Akten.

Nach dem Lustspiel von Siegfried Philipp

Künstlerische Oberleitung: Friedrich Zelnik

Otto Gebühr als Friederich Rex

Bilder, die jeder Deutsche sehen muß:

Der schönste Sieg des alten Fritz — Der verlorene
Prozeß gegen den Müller.

Alltagsbilder aus dem Leben des großen Königs.
Sein Liebesroman mit d. schönen Tänzerin Barberina
Die Schlachten von Hohenfriedberg, Kesselsdorf usw.

Dieser größte aller deutschen Fox-Filme ist
eines jener Filmwerke, von denen man
jahrelang spricht.

Ausserdem:

Bummy, d. Unglücksrabe
in 2 Akten.

Sonntag nachm. punkt 3 Uhr f. Schulen.

Sonntag abend Hauptvorstellung
punkt 8¹⁵ Uhr.

Montag abend Sondervorstellung
punkt 8¹⁵.

Rapskuchen

eingetroffen

Richard Mohr.

Förderung des Obstbaus.

In unserer Zeit, in der die Wirtschaft darniederliegt,
sollte die Förderung des Obstbaus besondere Beachtung
finden. Kann er sich doch zu einer annehmbaren Ein-
nahmesquelle ausbilden. Die Gartenbesitzer werden deshalb
auf nachstehendes hingewiesen:

1. Einzelne Obstbäume, die nicht ertragsfähig sind, müssen
beseitigt werden. Ein massenweises Abhauen muß in-
dessen des Landschaftsbildes wegen unterbleiben.
2. Es sind junge Obstbaumstammchen zu pflanzen. Die
Stadt ist bereit, Bestellungen zu sammeln und die
Bäumchen durch Vermittlung eines hiesigen Gärtners
aus einem Orte, dessen Bodenverhältnisse den hiesigen
entsprechen, zu beziehen. Der Samenbezug ist für die
städtischen Einwohner mit folgenden Vorteilen verbun-
den:
 - a. Es werden nur geeignete Sorten, die von berufener
Seite anerkannt sind, ausgewählt.
 - b. Der Preis stellt sich bei größerem Bezuge niedriger.
 - c. Der hiesige Gärtner wird verpflichtet, die sachge-
mäßige Pflanzung der Bäumchen zu überwachen.
 - d. Die Besteller brauchen das Kaufgeld erst am 31.
3. 1927 an die Stadtkasse, die es vorläufige zahlt,
zu entrichten.

Bestellungen sind bis zum Dienstag, den 7. 12. 1926
mittags 12 Uhr schriftlich oder mündlich hierher zu richten.

3. Der Vogelzug spielt beim Obstbau eine große Rolle.
Die Stadt will deshalb auch Nistkästen, die nach Vor-
schrift hergestellt sind, beziehen. Abbildungen und Preise
können auf dem Rathaus eingesehen werden. Die Ein-
wohner werden aufgefordert, Bestellungen bis zum
gleichen Zeitpunkte zu machen.

Wir geben uns der Erwartung hin, daß durch das
Zusammenwirken der Stadtverwaltung mit der Bevölke-
rung der Obstbau eine Belebung erfährt und daß daraus
Segen für unser Städtchen erwächst.

Spangenberg, den 1. 12. 1926.

Der Magistrat, Scher.

Inferieren bringt Gewinn!